

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/03/2026

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
am 20.04.2026,

Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn öffentlicher Teil: 19:30 Uhr
Beginn nicht öffentlicher Teil: 20:41 Uhr
Ende der Sitzung: 23:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Wolfdietrich Siller

Stadtverordnete/r

Herr Thomas Bellizzi
Frau Elke Dullweber
Frau Ursula Ebert
Herr Peter Egan
Herr Stefan Gertz
Herr Marten Koop
Herr Arthur Klaus Korte
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Herr Béla Randschau
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Benjamin Stukenberg

i.V.f. Herrn Dr. Buchholz

Bürgervorsteher

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Claus-Michael Allmendinger

Sachkundiger Bürger / BM

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Helmut Frank
Jules Niehus
Frau Emma Bley
Herr Finn Kessler

Seniorenbeirat
Kinder- und Jugendbeirat
Kinder- und Jugendbeirat
Kinder- und Jugendbeirat

Sonstige, Gäste

Frau Julia Fest
Herr Pawel Cmok

SWA
SWA

Verwaltung

Herr Eckart Boege	Bürgermeister
Herr Marcel Grindel	FBL I
Frau Jasna Makdissi	GL
Frau Sabrina-Nadine Blossey	I.1.1
Frau Julia Brötzmann	I.1.2
Frau Peggy Ehrig	II.2.2

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete/r

Herr Dr. Bernd Buchholz

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/02/2026 vom 16.03.2026
6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.2.1. Allgemeiner Bericht
 - 7.2.2. Verfahren bei Berichten zu Gewerbesteuerforderungen
 - 7.2.3. Seminar Kommunalrecht und Kommunalwirtschaftsrecht
 - 7.2.4. Termine für die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung 2027
 - 7.2.5. iPads für die Selbstverwaltung
 - 7.2.6. 1.000,- € - Entlastungsprämie
8. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 27.04.2026
9. Tätigkeitsbericht des Kinder- und Jugendbeirates
10. Reisen in die Partnerstädte 2026 – Dienstreisegenehmigung für den Bürgermeister/ Zusammensetzung der Delegation
11. Aufhebung des Sperrvermerkes Stelle Nr. 76/2026 - Sachbearbeitung Beschaffung im Fachdienst Organisation (I.6) **2026/025**
12. Förderung innerstädtischer Veranstaltungen 2026 Stadtfest / Weinfest / Oktoberfest/ Late Night Shopping **2026/021**

12.1. Änderungsantrag WAB zur Vorlage 2026/021 Standort **AN/032/2026**
Oktoberfest

13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

13.1. Fluglärmkommission

13.2. Mammografiebus

13.3. Sitzung des Stadtjugendrings

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Siller von der CDU-Fraktion, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Siller stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion wird vertreten durch das stellv. Ausschussmitglied Bellizzi.

3. Einwohnerfragestunde

Anfragen bzw. Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Die Nichtöffentlichkeit für die Tagesordnungspunkte 14 „Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung“, 15 „Berichte/ Mitteilungen des Bürgermeisters“, 16 „Grundsatzbeschlüsse Beteiligungen“, 17 „Gründung einer Gesellschaft“ und 18 „Anfragen, Anregungen, Hinweise“ wird durch Vorsitzenden Siller begründet.

Vorsitzender Siller lässt über die Nichtöffentlichkeit der Tagesordnungspunkte 14 „Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung“, 15 „Berichte/ Mitteilungen des Bürgermeisters“, 16 „Grundsatzbeschlüsse Beteiligungen“, 17 „Gründung einer Gesellschaft“ und 18 „Anfragen, Anregungen, Hinweise“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Vorsitzender Siller von der CDU-Fraktion beantragt, Herrn Dr. Allmendinger als sachkundigen Bürger für die Tagesordnungspunkte 16 „Grundsatzbeschlüsse Beteiligungen“ und 17 „Gründung einer Gesellschaft“ zuzulassen.

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der WAB-Fraktion merkt an, dass ein sachkundiger Bürger lediglich Fragen beantwortet.

Bürgermeister Boege weist darauf hin, dass Herr Dr. Allmendinger auch in seiner Funktion als stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates zu betrachten sei.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fragt, welchen Mehrwert Herr Dr. Allmendinger als sachkundiger Bürger habe. Sie merkt an, dass auch genügend andere Aufsichtsratsmitglieder anwesend seien.

Vorsitzender Siller von der CDU-Fraktion führt aus, dass Herr Dr. Allmendinger über die nötige Expertise verfüge, auch im Hinblick auf seine berufliche Vergangenheit als Wirtschaftsprüfer.

Vorsitzender Siller lässt über die Zulassung von Herrn Dr. Allmendinger als sachkundigen Bürger abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

4	dafür (CDU, SPD, FDP)
3	dagegen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, WAB)
/	Enthaltung(en)

Der Hauptausschuss stimmt der mit Einladung vom 07.04.2026 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/02/2026 vom 16.03.2026

Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/02/2026 vom 16.03.2026 bestehen nicht.

6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung

Es werden keine Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung gestellt.

- 7. **Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 7.1. **Berichte gem. § 45 c GO**
- 7.2. **Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 7.2.1. **Allgemeiner Bericht**

FBL I (Herr Grindel) stellt den allgemeinen Bericht vor. Der allgemeine Bericht wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Die Übersicht zum Besetzungs- und Ausschreibungsverfahren wird dem Protokoll als **nicht öffentliche Anlage** beigefügt.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion fragt, ob die Vertragsunterzeichnung für die Stelle der FD-Leitung zum 01.07.2026 schon erfolgt sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Unterzeichnung des Arbeitsvertrages für die FD-Leitung ist am 28.04.2026 erfolgt.

7.2.2. **Verfahren bei Berichten zu Gewerbesteuerforderungen**

Bürgermeister Boege beantwortet die Rückfrage von Bürgervorsteher Stukenberg zur nicht öffentlichen Behandlung der Gewerbesteuerangelegenheiten.

Er führt aus, dass aktuell eine tabellarische Auflistung über die Gewerbesteuerangelegenheiten gefertigt und nicht öffentlich eingestellt werde. In dieser Auflistung sei unter anderem auch die Art des Gewerbebetriebes ersichtlich. Dies sei aus Sicht der Verwaltung ausreichend, um Rückschlüsse auf den eigentlichen Betrieb ziehen zu können und sollte daher nicht öffentlich behandelt werden.

Zuvor sei in den Vorlagen, welche für jede Gewerbesteuerangelegenheit einzeln angefertigt und öffentlich behandelt wurden, zwar ersichtlich gewesen, ob es sich um ein Einzelunternehmen oder eine Firma handelt, aber nicht die Art des Betriebes.

Die Verwaltung empfiehlt, die Gewerbesteuerangelegenheiten nicht öffentlich zu behandeln oder die Auflistung dahingehend zu ändern, dass die Art des Betriebes entfernt wird.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge der Ausschussmitglieder.

7.2.3. Seminar Kommunalrecht und Kommunalwirtschaftsrecht

Bürgermeister Boege erinnert an die Seminare zum Kommunalrecht am 09.05.2026 sowie zum Kommunalwirtschaftsrecht am 28.05. und 29.05.2026 und ruft die Selbstverwaltung zur Teilnahme auf.

Er merkt an, dass der Referent, Herr Wolf, Experte auf diesem Gebiet sei und es sich um komplexe Themen handle.

7.2.4. Termine für die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung 2027

Bürgermeister Boege fragt nach Anmerkungen oder Änderungswünschen zu den Terminen für den Hauptausschuss, die Stadtverordnetenversammlung sowie die Fraktionssitzungen 2027.

Es werden keine Einwände vorgebracht.

7.2.5. iPads für die Selbstverwaltung

Bürgermeister Boege berichtet, dass im Rahmen der Abstimmung mit Somacos sowie eines Austausches mit dem Kreis Stormarn geprüft wurde, ob die derzeit von der Stadt Ahrensburg bereitgestellten iPads durch private Endgeräte der Stadtverordneten und Bürgerlichen Mitglieder ersetzt werden können.

Die Prüfung habe ergeben, dass eine solche Umstellung grundsätzlich möglich sei. Seitens Somacos werde jedoch empfohlen, vor einer Umstellung zunächst die Einführung bzw. den Wechsel auf die Generation 6 (SessionNet G6) vorzunehmen.

Der Fachdienst II.2 werde hierzu eine Kostenübersicht erstellen sowie eine entsprechende Abwägung vornehmen. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass datenschutzrechtliche Anforderungen bei einer etwaigen Umstellung eingehalten werden müssen.

Bürgermeister Boege gibt an, dass man die Thematik zu einer Entscheidungsvorlage aufbereiten werde.

7.2.6. 1.000,- € - Entlastungsprämie

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der WAB-Fraktion fragt nach der 1.000,- € - Entlastungsprämie, die der Bund beschließen möchte und die gerade in den Medien diskutiert wird.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion führt aus, dass bei der Corona-Prämie die meisten Firmen Teile des Weihnachtsgeldes undefiniert hätten.

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion fragte, warum die Stadt Ahrensburg nicht selbst entscheiden kann, ob sie die 1.000,- € - Entlastungsprämie auszahlt oder nicht.

Bürgermeister Boege antwortet, dass er als öffentliche Hand die kreative Auszahlung von Entgelten nicht befürworten würde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Stadt Ahrensburg ist an tarif- und beamtenrechtliche Regelungen gebunden. Die Besoldung der Beamtinnen und Beamten der Stadt Ahrensburg unterliegt der Gesetzgebung des Landes.

Die Entgelte der Beschäftigten unterliegen den geltenden Tarifverträgen, insbesondere dem TVöD-VKA.

Beide Regelwerke definieren Grenzen, die weder unter- noch überschritten werden dürfen.

Die Grundlagen für die Auszahlung der Corona-Sonderzahlung waren ein separater Tarifvertrag und ein entsprechendes Gesetz des Landes Schleswig-Holstein.

8. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 27.04.2026

Bürgervorsteher Stukenberg erläutert die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 27.04.2026.

9. Tätigkeitsbericht des Kinder- und Jugendbeirates

Jules Niehus, Vorsitz des Kinder- und Jugendbeirates, trägt den Tätigkeitsbericht 2025 des Kinder- und Jugendbeirates vor und benennt einige Highlights daraus.

Ausschussmitglied Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN spricht dem Kinder- und Jugendbeirat großes Lob aus. Er fragt, ob der Kinder- und Jugendbeirat auch an den Grundschulen aktiv sei.

Jules Niehus antwortet, dass man die Grundschulen bei den Kinderrechtstagen 2024 beteiligt habe. Ansonsten sei man bisher noch nicht sehr aktiv in den Grundschulen und werde diese Anregung aufnehmen.

Stadtverordnete Ebert von der SPD-Fraktion fragt nach dem Junior-KiJuB.

Jules Niehus erklärt, dass dieser gemeinsam mit der Kinderkonferenz 1x jährlich tage und sich darauf weitere Treffen mit interessierten Kindern ergeben würden.

Vorsitzender Siller von der CDU-Fraktion merkt persönlich an, dass er erstaunt sei über die Vielzahl von Aktivitäten. Er lobt die stetige Teilnahme an den Gremiensitzungen und spricht dem Kinder- und Jugendbeirat seinen Dank für deren Engagement aus.

10. Reisen in die Partnerstädte 2026 – Dienstreisegenehmigung für den Bürgermeister/ Zusammensetzung der Delegation

Bürgermeister Boege benennt die Reisen in die Partnerstädte und die Delegationen. Diese werden dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Vorsitzender Siller lässt über die Dienstreisegenehmigung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

11. Aufhebung des Sperrvermerkes Stelle Nr. 76/2026 - Sachbearbeitung Beschaffung im Fachdienst Organisation (I.6)

Herr Grindel (FBL I) führt aus, dass diese Stelle im Rahmen des Stellenplans 2026 eingeworben wurde und von der Selbstverwaltung mit zwei Auflagen versehen worden ist. Die Auflagen seien zwischenzeitlich erfüllt und er bittet um Aufhebung des Sperrvermerkes zur Stelle 76/2026.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Vorsitzender Siller verliest den Beschlussvorschlag und lässt anschließend darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt, den Sperrvermerk der Stelle Nr. 76/2026 - Sachbearbeitung/Verwaltungsangestellte*r Beschaffung im Fachdienst Organisation - aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

5	dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, WAB)
2	dagegen (FDP + SPD)
/	Enthaltung(en)

12. Förderung innerstädtischer Veranstaltungen 2026 Stadtfest / Weinfest / Oktoberfest/ Late Night Shopping

Bürgermeister Boege merkt zunächst an, dass mit der heutigen Vorlage keine Standorte genehmigt werden und die Entscheidung der Standorte im Rahmen der Sondernutzung erfolgen werde. Er führt weiterhin aus, dass der Standort „provisorischer Parkplatz“ in keinem Widerspruch zum Bürgerentscheid stehe. Im Rahmen der Sondernutzung würden die Parkplätze vorübergehend nicht zur Verfügung stehen, gleichermaßen wie bei anderen Standorten (z.B. Große Straße) oder anderen Festen.

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der WAB-Fraktion empfindet es als nicht zielführend über die Gelder zu beschließen, ohne zu wissen wo die Feste stattfinden sollen.

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion betont, dass es sich bei der Vorlage um maximale Beträge die ggf. anfallen, welche erstattet werden, handelt. Sollte keine geeignete Fläche zur Verfügung stehen, würden auch keine Kosten anfallen. Es handele sich hier um eine Vorratsentscheidung. Er hinterfragt, ob die Überlegungen, dass Oktoberfest über 2 Wochenenden stattfinden zu lassen, in Zusammenhang mit der Wirtschaftlichkeit und dem Sicherheitskonzept stehen, welches für den Standort „prov. Parkplatz“ kostengünstiger wäre. Er fragt weiterhin nach den Einschränkungen, wenn man das Oktoberfest 14-tägig in der Großen Straße stattfinden lässt.

Bürgermeister Boege antwortet, dass das Oktoberfest aus Sicht des Veranstalters für nur ein Wochenende nicht wirtschaftlich sei und aus Sicht der Verwaltung zwei Wochen für ein Oktoberfest unverhältnismäßig erscheinen, für ein Fest, dass nicht alle Einwohner*innen gleichermaßen anspricht.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion merkt an, dass die Nutzungsmöglichkeiten auf dem prov. Parkplatz aus seiner Sicht sehr eng definiert seien und hält eine Durchführung des Oktoberfestes an diesem Standort für baurechtlich bedenklich.

Bürgermeister Boege erklärt, dass die Vorlage auch Themen beinhalte, welche noch zu prüfen seien. Das Risiko der Genehmigung sei noch ausstehend. Um die Veranstaltung finanziell durchführen zu können, sei der Veranstalter auf Unterstützung angewiesen.

Zur baurechtlichen Situation führt Bürgermeister Boege aus, dass die Baugenehmigung ein Baurecht für den Bau und/ oder die Nutzung darstellt. Dies schließe grundsätzlich eine zeitlich begrenzte andere Nutzung einer Anlage nicht aus.

Der Parkplatz sei als öffentlich zugänglicher Parkplatz befristet genehmigt bis Februar 2027, das Baurecht bestehe bis zu diesem Zeitpunkt. Bauplanungsrechtlich und bauordnungsrechtlich bestehe hier keine ununterbrochene Nutzungspflicht. Bauplanungsrechtlich stehe der Nutzung des prov. Parkplatzes nicht entgegen.

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der WAB-Fraktion beantragt die Einzelabstimmung der Unterpunkte der Vorlage.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion gibt an, dass die SPD-Fraktion nichts dagegen habe, das Oktoberfest auch 14-tägig in der Großen Straße stattfinden zu lassen. Er betont, dass dieser Standort für diese Zweckbestimmung hergestellt wurde. Er findet es gut, dass man eine Vorlage für alle Feste erstellt habe. Dennoch kritisiert er, dass man ohne Konzept (warum werde bei einem Fest mehr und beim anderen weniger gefördert) diskutiere. Er wünscht sich, dass man sich perspektivisch grundsätzliche Gedanken mache, was man in welcher Weise fördern wolle. Abschließend sagt er, dass die SPD-Fraktion den Festen zustimmen werde und merkt an, dass der prov. Parkplatz so oder so keine Dauerlösung sei.

Vorsitzender Siller führt im Namen der CDU-Fraktion aus, dass man es ähnlich sehe wie die SPD-Fraktion. Die CDU-Fraktion halte den Standort Große Straße, auch bei einer 14-tägigen Durchführung, für den besser geeigneten Standort. Der prov. Parkplatz sei nicht ideal, weil er keine Dauerlösung sei und zudem auch näher im Wohngebietsbereich liege.

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion merkt an, dass die FDP-Fraktion der Vorlage grundsätzlich zustimmen werde. Er kritisiert ebenfalls, dass eine klare Systematik fehle und nicht klar erkennbar sei, wer was bekomme und warum. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die Stadt von vornherein auf die Erhebung der Sondernutzungsgebühren verzichten könnte, aber man stattdessen das Geld „von der rechten in die linke Tasche“ fülle. Er weist auf einen Antrag der FDP-Fraktion von vor ca. 6-7 Jahren hin in Bezug auf die Anpassung der Satzung. Weiterhin wünscht er sich eine Übersicht der aufgeschlüsselten Ein- und Ausgaben als nicht öffentliche Anlage.

Bürgermeister Boege merkt an, dass das Stadtforum die Kosten vorgelegt habe und diese im Rahmen einer internen Abstimmungsthematik der Vorlage nicht beigefügt wurden. Derartige Kostenaufstellungen werde man zukünftig der Vorlage als nicht öffentliche Anlage beifügen.

Bürgermeister Boege erklärt weiter, dass die Sicherheitsauflagen und die Erfahrungsberichte zum Oktoberfest zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen noch nicht bekannt waren. Die jeweiligen Bezuschussungen seien aus Sicht der Verwaltung priorisiert worden.

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der WAB-Fraktion fragt, wer letztlich über den Standort des Oktoberfestes entscheidet.

Bürgermeister Boege antwortet, dass diese Entscheidung bei der Verwaltung liege.

Die WAB-Fraktion sagt, dass sie die Vorlage ablehnen werde, aus Sorge, dass Fest werde am Standort prov. Parkplatz stattfinden.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN das Oktoberfest begrüße, sich jedoch enthalten werde. Sie sagt, dass das

Sicherheitskonzept für den Standort prov. Parkplatz kostengünstiger sei, weil es hier nur eine Zufahrt abzusichern gäbe.

Sie führt aus, dass die Fraktion grundsätzlich „Bauchschmerzen“ mit der Kostenentwicklung habe. Es sei geplant, dass die Selbstverwaltung eine Liste mit freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben vorgelegt bekomme, welche Kürzungen erfahren müsse. Diese Kosten und vorgesehenen Kürzungen wolle man zunächst erstmal kennen, um derartigen Bezuschussungen zustimmen zu können.

Vorsitzender Siller verliest zunächst den Antrag AN/032/2026 der WAB-Fraktion und lässt darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

5	dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, WAB)
1	dagegen (FDP)
1	Enthaltung(en) (SPD)

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der WAB-Fraktion zieht seinen Antrag auf Einzelabstimmung der Vorlage zurück, nachdem der AN/032/2026 angenommen wurde.

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion beantragt die Einzelabstimmung der Unterpunkte der Vorlage.

Bürgermeister Boege merkt an, dass die Zustimmung zum AN/032/2026 einer Absetzung der Punkte 6+7+8 gleichkomme. Hierzu müsse eine Prüfung der Rechtsgültigkeit im Nachgang erfolgen. Er schlägt vor, dass ein Ausschussmitglied die Absetzung dieser Punkte beantrage.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion schlägt vor, dass man die Punkte 6+7+8 mit der Auflage versieht, dass ein alternativer Standort gefunden werde.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion schlägt vor, dass man jetzt beschließe, dass das Oktoberfest in der Großen Straße stattfinden solle.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion findet es befremdlich, dass die Entscheidung über den Standort von der Verwaltung getroffen werde.

Bürgermeister Boege erläutert, dass man in der Vorlage die Sichtweise und das Interesse des Stadtforums weitergetragen und Lösungsvorschläge aufgezeigt habe. Grundsätzlich würden die Dauer sowie der Standort des Festes in der Entscheidungshoheit der Verwaltung liegen. Er gibt an, dass man den Beschluss im Nachgang prüfen werde.

Bürgermeister Stukenberg schlägt vor, die Vorlage erst in der Stadtverordnetenversammlung abstimmen zu lassen und fragt, ob es möglich sei bis dahin eine rechtl. Prüfung vorzunehmen.

Bürgermeister Boege antwortet, dass man es versuchen werde.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion hält eine rechtliche Prüfung nicht für notwendig, weil dem Antrag AN/032/2026 bereits zugestimmt wurde.

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der WAB-Fraktion schlägt vor, dass man der Vorlage einen Punkt 9 hinzufügt, welcher lauten sollte: „Das Oktoberfest soll in der Großen Straße stattfinden.“

Bürgermeister Boege weist darauf hin, dass er nicht versprechen könne, dass dies möglich sei. Grundsätzlich könne man eine Straße im Rahmen einer Sondernutzung anders nutzen, aber die Straße sei auch gewidmet. Es müsse zunächst geprüft werden, ob eine zweiwöchige Sondernutzung möglich sei.

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion beantragt, die Beschlussfassung für diese Vorlage auf die Stadtverordnetenversammlung zu vertagen.

Vorsitzender Siller lässt über den Antrag von Ausschussmitglied Bellizzi abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Die Beschlussfassung zur Vorlage erfolgt voraussichtlich in der Stadtverordnetenversammlung am 27.04.2026.

12.1. Änderungsantrag WAB zur Vorlage 2026/021 Standort Oktoberfest

Siehe Tagesordnungspunkt 12 „Förderung innerstädtischer Veranstaltungen 2026

Stadtfest / Weinfest / Oktoberfest/ Late Night Shopping“.

Abstimmungsergebnis:

5	dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, WAB)
1	dagegen (FDP)
1	Enthaltung(en) (SPD)

13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

13.1. Fluglärmkommission

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der WAB-Fraktion wünscht sich von Bürgermeister Boege Informationen über die Beratungen der Fluglärmkommission.

Bürgermeister Boege führt aus, dass in der Fluglärmkommission Gebietskörperschaften und Interessengruppen vertreten seien. Es sei ein reines Beratungsgremium und dort würden keine Entscheidungen getroffen. Er selbst sei als Vertreter des Kreises dort.

13.2. Mammografiebus

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt, warum der Mammografiebus in diesem Jahre nicht in Ahrensburg sei.

Bürgermeister Boege erklärt, dass er es auch sehr schade findet, dass der Mammografiebus in diesem Jahr nicht in Ahrensburg sei. Er erläutert, dass die Betreiber rechtzeitig bei der Verwaltung nach einem Standort angefragt hätten, aber die Anfrage nicht rechtzeitig weitergegeben wurde. Die gewünschten Zeiten standen zudem in Konflikt mit dem Stadtfest. Die angebotene Ausweisfläche wurde von den Betreibern des Mammografiebusses nicht angenommen, weil diese erst sehr kurzfristig angeboten werden konnte.

13.3. Sitzung des Stadtjugendrings

Herr Finn Kessler (KiJuB) lädt alle Anwesenden zur Vollversammlung des Stadtjugendrings am 23.04.2026 in die Museumsturnhalle der Stormarnschule ein.

Vorsitzender Siller schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:40 Uhr.

gez. Wolfdietrich Siller
Vorsitzender

gez. Peggy Ehrig
Protokollführerin